

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Maßvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Teleg.-Adr.: IAWerband Bochum.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt Euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.
Berlin, den 30. Januar 1933.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Allgemeiner Freier Angestelltenbund,
Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften,
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-,
Angestellten- und Beamtenverbände.**

- d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bäuerlichen Berufsstandes, wie auch aus volks- und nationalpolitischen Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Siedlungswerts in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen?
- e) Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen, und welche Einzelmaßnahmen in dieser Richtung sind von ihr vorgegeben?
- f) Ist es richtig, daß das Arbeitsministerium abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeiten dem neuernannten Krisenminister unterstellt werden sollen?
- g) Gedankt die Regierung, das Koalitionsrecht im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten?
- h) Wie steht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechtes?
- i) Wie denkt die Reichsregierung einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?
- k) Ist die Reichsregierung bereit, Sicherungen dafür zu schaffen, daß jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert werden, wirksam abgewehrt werden?"

Unstatt diese selbstverständlichen Fragen sachlich zu beantworten, erwirkten Hitler und Papen eine Verordnung zur Auflösung des Reichstags. Sie kamen damit der Abstimmung über die Mißtrauensanträge zuvor.

Die Neuwahl am 5. März

Ist nach alledem ein politischer Volksentscheid von allergrößter Bedeutung. Das Hitlerkabinett hofft, durch die neue Wahl eine Reichstagsmehrheit für sich erobern zu können. Unzählige Rundfunkreden und ähnliche Maßnahmen werden diesmal der Wahlagitator der Harzburger Front dienen, während man den freien Meinungsstumpf der republikanischen Parteien mit allen verfügbaren Mitteln unterdrücken wird. Gelingt es dem reaktionären Dreieck nicht, am 5. März eine Reichstagsmehrheit zu erzielen, dann sind die Tage des Hitlerkabinetts gezählt. Nach den parlamentarischen und demokratischen Grundsätzen, die auch in der Reichsverfassung verankert sind, und die Hitler beschworen hat, ist nämlich jede Regierung, die nicht eine Vertrauensmehrheit im Reichstag besitzt, verpflichtet, zurückzutreten. Die Entscheidung über die Existenz der Hitler-Regierung liegt daher zunächst bei den deutschen Wählern, beim Volke selbst. Die reaktionären Herrschaften könnten nur dann die politische Kommandobrücke in Deutschland längere Zeit beherrschen, wenn die Wähler am 5. März versagen und das Hitlerkabinett im neuen Reichstag eine Mehrheit findet. In dem Augenblick jedoch, wo sich eine Reichstagsmehrheit gegen die regierende Harzburger Front findet, hat dieses Kabinett seine Daseinsberechtigung verloren. Werden auch die neuen Machthaber diese Schlussfolgerung ziehen? Das ist die große Schicksalsfrage, die jetzt vielfach diskutiert wird. Indem wir diese Frage aufwerfen, berühren wir gleichzeitig eine

große Gefahrenquelle,

die mit dem Hitlerkabinett verbunden ist. Werden die Rechtsparteien nur so lange am Regierungsruder bleiben, als sie dazu von einer Reichstagsmehrheit legitimiert werden? Werden die Harzburger nur mit dem Mehrheitswillen des Volkes regieren oder sich eventuell über den Volkswillen und die beschworene Verfassung hinwegsetzen? Das sind Fragen, die nicht übergangen werden können. Wenn auch die Hitlerpartei aus dem Zusammenbruch der rechtsbürgerlichen Parteien hervorgegangen ist, so hat sie doch viele diktatorische und verfassungseindliche Bekennnisse abgelegt. Daher ist größte Wachsamkeit und auch republikanische Entschlossenheit geboten.

Die freiorganisierte Arbeiterschaft und mit ihr die gesamte republikanische Bevölkerung führt nicht seit mehr als zehn Jahren einen aufreibenden Kampf gegen die bolschewistischen Diktaturgefühle, um sich schließlich von rechtsgerichteten Diktatur- und Putschversuchen überrumpeln zu lassen. Die vielen Millionen deutscher Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften organisiert sind und durch ihre politische Abstimmung immer wieder dokumentiert haben, daß sie von dem Kurs der Rechtsparteien nichts wissen wollen, sind nicht gewillt, sich willenlos einer Rechtsdiktatur zu beugen. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft will auf dem Boden politischer Freiheit und Gleichberechtigung leben. Alle diejenigen, die diesen Boden verlassen, aus dem demokratischen Rechtsstaat einen Gewaltstaat, ein Diktaturregime machen wollen, würden deshalb auf Granit stoßen!

Parteidiktatur, Vergewaltigung einer Volksmehrheit, Verfassungsbruch und ähnliche Machtgedanken können daher nur in den Köpfen eine Rolle spielen, die in Deutschland ein Chaos und gewalttätige innere Auseinandersetzungen herbeiführen wollen oder sich der Tragweite ihrer Katastrophenpläne nicht bewußt sind!

Wir begrüßen daher den Aufruf des Bundesvorstandes des ADGB., der zur Wachsamkeit und Entschlossenheit mahnt, gleichzeitig aber auch die Arbeitnehmerschaft ermahnt, kühles Blut und Besonnenheit zu wahren, um im Ernstfalle Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte wirksam abzuwehren zu können.

Reaktionärer Dreieck: Hitler-Hugenberg-Papen Nazi-Maste gefallen. Endlich klare Fronten. Der neue Wahlkampf.

Die politischen Ereignisse in den letzten Tagen überstürzten sich förmlich. Am 30. Januar meldeten die Mittagszeitungen noch, die Bemühungen des Herrn von Papen, an Stelle der gestürzten Schleicher-Regierung ein neues Kabinett zu bilden, seien gescheitert. Wenige Stunden später verbreitete man die Nachricht, Hitler sei zum Reichskanzler ernannt, die neue Regierung sei bereits vereidigt und habe schon ihre erste Kabinettsitzung abgehalten. Das Unmögliche war also doch möglich geworden, und zwar schneller, als man erwarten durfte. Herr Hitler ist Reichskanzler und der von den Nazis so viel beschimpfte und als „reaktionärer Herrenreiter“ verschrieene Herr von Papen ist sogar Vizekanzler im Hitlerkabinett geworden. Neben ihm hat der Reichskanzler Hitler noch mehrere aristokratische Ministerkollegen, die dem Führer der nationalsozialistischen Arbeiterpartei allerhand Ehre machen. Da ist vor allem der deutschnationalistische Parteiführer Hugenberg, der als ehemaliger Direktor bei Krupp und als Vorstandsmitglied des Zeichenverbandes im Ruhrgebiet zu den Großindustriellen enge Beziehungen hat, aber auch als Vertreter der Großagrarier einen besonderen Ruf genießt. Hugenberg als ausgesprochener Vertreter großkapitalistischer Interessen soll im Hitlerkabinett als Krisenminister fungieren, und zwar mit erweiterten Befugnissen. Die erste Tat der neuen Regierung bestand nämlich darin, das Arbeitsministerium zu zerschlagen, indem man die lohnpolitischen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen, die bisher das Reichsarbeitsministerium zu treffen hatte, dem Reichswirtschaftsministerium und damit Hugenberg übertrug. Und damit die Harzburger Front vollständig ist, hat man den Stahlhelmführer und Protektor der Selbenbewegung, Herrn Selbke, zum Reichsarbeitsminister der neuen Regierung gemacht. Dem Nationalsozialisten Dr. Fricke hat man das Innenministerium überantwortet, während der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring dem Kabinett als Minister ohne Geschäftsbereich angehört. Die Stelle des gestürzten Reichswehrministers von Schleicher nimmt jetzt Freiherr von Blomberg ein. Die übrigen Ministerien bleiben wie bisher besetzt.

Wie es kam.

Vom Standpunkt der parlamentarischen Machtverhältnisse bildet das Zustandekommen dieser Rechtsregierung keine Ueberraschung. Bereits bei der Reichstagswahl am 31. Juli entfielen auf die Nazis und Deutschnationalen rund 43 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei der Wahl am 6. November erhielten beide Parteien noch annähernd 42 Prozent. In beiden Wahlgängen entschieden sich demnach die deutschen Wähler für die Rechtsparteien. Wenn diese auch nicht eine absolute Mehrheit erlangten und ihnen ein sozialistisch-kommunistischer Stimmenanteil von 37,2 bzw. 36 Proz. gegenüberstand, so war doch auf Grund der Wahlergebnisse praktisch mit einem Rechtssturz zu rechnen. Dieser wäre nur zu verhindern gewesen, wenn die Kommunisten angesichts der drohenden Rechtsgefahr sich umgestellt und eine Linksregierung ermöglicht hätten. Im Hinblick auf die wirklichkeitsfremde und antiparlamentarische Haltung, die die KPD. seit

ihrem Bestehen einnimmt, war dies jedoch von vornherein nicht zu erwarten. Dem parlamentarischen Stärkeverhältnis der Sozialdemokratie stand daher eine mehr als doppelt so starke Rechtsfront gegenüber. Infolge dieser parlamentarischen Kräfteverteilung war also die Bildung einer Rechtsregierung sehr naheliegend. Das war um so mehr der Fall, weil die Nazis, die sich genau wie die Kommunisten als Anhänger des Diktaturgedankens bekannnten, im Gegensatz zu den kommunistischen Strategen das parlamentarische Vaktieren mit anderen Parteien nicht scheuten. Während die Kommunisten die demokratische Verfassung verdammt, versuchten die Nazis auf dem Boden der Weimarer Verfassung politische Geschäfte zu machen. Hätten sich die Kommunisten ebenso verfassungstreu wie ihre angeblich schärfsten Gegner — die Nazis — erwiesen, dann wäre wahrscheinlich ein Hitlerkabinett in Deutschland nie möglich geworden. Aber anstatt die demokratischen Freiheiten und Rechte zu schützen, bekämpften die Kommunisten die Weimarer Verfassung auf das übelste. Durch ihre unglaublichen nationalistischen Tiraden gegen die ausländischen Schuldverträge erwiesen sie sich gleichfalls als die besten Verbreiter der nationalsozialistischen Ideenwelt. Nachdem nun durch die verrückte Taktik und irrationale Erziehungsarbeit der KPD. die Hitlerpartei ans Regierungsruder gekommen ist, wollen die kommunistischen Parolensticker den politischen Einfluß der Rechtsparteien hinwegstreifen. Sie gaben wenigstens die Generalstreikparole heraus, die, wie alle kommunistischen Anweisungen, nicht ernst genommen wurde, nicht einmal von den kommunistischen Anhängern.

Mißtrauen des Zentrums.

Das Hitlerkabinett konnte nur mit Hilfe des Zentrums existieren. Für den Reichstagszusammentritt am 7. Februar hatten nämlich Sozialdemokraten und Kommunisten Mißtrauensanträge gegen das Hitlerkabinett eingebracht. Hätte das Zentrum für diese Mißtrauensanträge gestimmt, dann mußte die Regierung zurücktreten und Neuwahlen ausschreiben. Das Zentrum sollte deshalb die Hitler-Regierung tolerieren. Reichskanzler Hitler nahm daher mit der Zentrumspartei sofort Verhandlungen auf. Diese scheiterten jedoch, weil die Vertreter dieser Partei dem Hitlerkabinett folgende Fragen stellten:

- 1. Die Zentrumspartei wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genau unterrichtet zu sein.
- 2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen:
 - a) Welche Sicherheiten können seitens der Regierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?
 - b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden?
 - c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preußen zuzusagen, und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen?

Warum Hitler-Regierung?

In der rechtsbürgerlichen Presse ist in den letzten Wochen vielfach der Standpunkt vertreten worden, die Wirtschaft brauche politische Ruhe. Die angebahnte Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung dürfe nicht durch Neuwahlen gestört werden. Derartige Auslassungen sind eitle Demagogie. Wenn nämlich die Rechtskreise in Deutschland wirklich auf dem Standpunkte stehen, die politischen Wahlen vergrößerten die wirtschaftliche Not, dann haben sie im letzten Jahre am deutschen Volke verbrecherisch gehandelt. Wer wollte beispielsweise unter allen Umständen die beiden Wahlkämpfe um den Reichspräsidentenposten? Die Rechtsparteien, indem sie eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten strikte ablehnten. Wer stürzte die Brüning-Regierung und führte dadurch gewalttätig zwei Reichstagswahlkämpfe herbei, obwohl die Brüning-Regierung eine Reichstagsmehrheit besaß und der im September 1930 gewählte Reichstag erst Ende 1934 neugewählt werden brauchte? Wer stürzte die Schleicher-Regierung, obwohl sich der Reichskanzler Schleicher in seiner Regierungserklärung hinter das privatwirtschaftliche Programm seines Vorgängers Papen stellte und politisch einen ausgesprochenen Rechtskurs verfolgte? Wer stürzte das notleidende Volk von einem Wahlkampf in den anderen und führte dadurch die unsicheren Verhältnisse von heute herbei? Nicht die Linksparteien, sondern die gleichen Rechtsparteien, die heute im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung nach politischer Ruhe schreien. Wie soll man sich diese unlogische Haltung erklären? Sie wird nur verständlich, wenn man die wirtschaftspolitischen Interessen in Betracht zieht, die Großindustrielle und Großagrarier mit den wahlpolitischen Machtkämpfen verbunden haben. Die sozialreaktionären Maßnahmen, die Papen bei seinem ersten Amtsantritt im Juni vorigen Jahres kündigte und auch teilweise durchführte, die Reichskanzler Schleicher dann teilweise revidierte, sollen nun mit Hilfe der Hitler-Regierung rückwärtslos durchgeführt werden.

Das Großkapital erwartet

von der Hitler-Regierung vor allem eine Reihe von Maßnahmen, die geeignet sind, das privatkapitalistische Wirtschaftssystem vor dem drohenden Untergang zu retten. In der hinter uns liegenden Zeit konnte ein großer Teil der Großbanken und ein wesentlicher Teil der privaten Großindustrie nur mit Hilfe von Staatsgeldern saniert werden. Der Einfluß, den der Staat dadurch auf die Privatwirtschaft erhalten hat und noch erlangen könnte, bildet für die privaten Bank- und Industrierherrscher eine große Gefahr. Deshalb der Kampf um die sogenannte Reprivatisierung der subventionierten Unternehmen. Darüber hinaus erwarten sie, wie die Kündigungsaktion des Zechenverbandes im Ruhrgebiet beweist, von der Hitler-Regierung neue tarifliche Verschlechterungen bzw. eine Verschlagung des gesamten Tariffsystems.

Die Wünsche der Großagrarier sind nur un schwer zu erraten. Der Osthilfeandal, der eine Verpulverung von riesigen Geldsummen aus Steuergrößen für luxuriöse Zwecke und überlebte Eigentumsbegriffe der ostdeutschen Großagrarier zeigte,

soll mit marxistenreinen Regierungsmethoden zugebedt werden. Kurzum, noch mehr als bisher wird der wirtschaftspolitische Kurs den großkapitalistischen Gewinn- und Besitzinteressen dienen. Das geht auch aus den Äußerungen führender kapitalistischer Zeitungen klar hervor. So schreibt beispielsweise die „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar:

„Für die Wirtschaftspolitik des Kabinetts wird vor allem die Tatsache entscheidend sein, daß Geheimrat Hugenberg eine überragende Machtposition bei sich vereinigt. Er wird für fast alle zur Zeit akuten Fragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik zuständig sein. Mit dem Ernährungsministerium erhält er die Leitung der gesamten Agrarpolitik, der Osthilfe und der Seelung, mit dem Wirtschaftsministerium die Kartellpolitik, die Handelspolitik und anderes. Hugenberg soll aber mit der Abteilung III des Arbeitsministeriums, die bisher von Ministerialdirektor Sisker geleitet wurde, auch die Fragen des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes und der Lohnpolitik erhalten. Er wird also künftig sogar für die Fragen des Tarifrechts zuständig sein.“

Was bleibt zu tun?

Von welcher Seite wir auch die Regierungsombildung und die Reichstagsneuwahlen betrachten mögen, immer wieder deuten die Tatsachen auf Kampf. Auf Kampf um die Erhaltung der politischen Volksrechte und entschlossene Abwehr faschistischer Diktaturgesetze. Auf Kampf gegen die privatkapitalistischen Verelendungspläne, gegen die volksfeindlichen Gewinn- und Besitzinteressen des Großkapitals. Auf Kampf um die elementarsten Rechte und wirtschaftlichen Lebensinteressen der Arbeiterchaft.

Mit Aufbietung aller Kraft werden wir daher auch diesen Wahlkampf im Zeichen der Eisernen Front führen. Wenn auch die Gegner der Arbeiterschaft und die Feinde der sozialen und politischen Errungenschaften infolge der letzten Wahlergebnisse wichtige Frontabschnitte des wertvollen Volkes erobern konnten und diesen Wahlkampf mit überlegenen finanziellen, politischen und anderen Mitteln führen werden, die Kämpfer der Eisernen Front fürchten diese politische Entscheidungsschlacht nicht.

Im Gegenteil, nachdem sich die nationalsozialistische Arbeiterpartei mit den Vertretern des Großkapitals und des Herrenklubs gegen die Arbeiterschaft offen verbündet hat, nachdem die sozialen Kampffronten völlig geklärt sind, werden die Mitglieder der Eisernen Front gerade diesen Kampf mit einem Höchstmaß an Energie führen.

Aber wie auch die Entscheidungsschlacht am 5. März enden mag, eins ist gewiß: Das künftige Schicksal der deutschen Arbeiterschaft liegt bei den Gewerkschaften! Die Macht und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften wird für den Endkampf dieser Reaktionsperiode von ausschlaggebender Bedeutung sein und bleiben. Von der Widerstandskraft der organisierten Arbeiterschaft wird es abhängen, ob in Deutschland die diktatorische Sozialreaktion oder der freiheitliche demokratische Volkswille siegt.

Tarifverträge im Ruhrbergbau gefährdet.

Schwerindustrielle Hoffnungen auf die Hitler-Regierung.

Seit Jahren wurde in der Unternehmerpresse gegen die politische Lohngestaltung ein heftiger Kampf geführt. Immer wieder erhob man den Vorwurf, bei der Fällung und Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen spiele nicht die wirtschaftliche Lage, sondern die politische Kräfteverteilung die ausschlaggebende Rolle. Man bezeichnete es in Unternehmerkreisen als unheilvoll, die politischen Machtverhältnisse mit der Lohngestaltung zu verquiden. Die Regelung der Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse, so betonte man immer wieder, müsse von der wirtschaftlichen und nicht von der politischen Seite aus erfolgen.

Was indes von den wirtschaftlichen Grundätzen und Bestimmungen der Unternehmer zu halten ist, geht aus der neuesten Kündigungsaktion des Zechenverbandes im Ruhrgebiet hervor. Nach zuverlässigen Zeitungsmeldungen fand am 27. Januar in Essen eine Konferenz der Zechenvertreter statt. In dieser Zusammenkunft sollten die eventuellen Tarifkündigungen beschlossen werden. Ein Kündigungsbeschluss in dieser Konferenz erfolgte jedoch nicht. Wahrscheinlich wollten die Zechenvertreter den Verlauf der schwebenden Regierungskrise abwarten.

Am 30. Januar wurde in Berlin die Hitler-Regierung gebildet. Am anderen Tage, also am 31. Januar, ging bei den Bergarbeiterorganisationen ein Schreiben des Zechenverbandes ein, in dem der Manteltarif und auch das Lohnabkommen für den Ruhrbergbau zum 31. März gefährdet werden. Da in beiden Tarifen die gesamten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Ruhrbergarbeiter geregelt werden, kann man von einem tarifpolitischen Großangriff der Zechenherren im Ruhrgebiet sprechen.

Die Kündigungsaktion des Zechenverbandes ist vom wirtschaftlichen Standpunkte aus völlig unverständlich. Zwar hatte man bereits im letzten Jahre zum 1. Juni und dann zum 1. Oktober den Lohnsatz gefährdet und jeweils „Aufschiebung“ desselben jedesmal eine generelle Senkung der Tariflöhne um 12 Prozent gefordert. In beiden Fällen war es damals den Bergarbeitergewerkschaften möglich, die geplanten Verschlechterungen abzuwehren. Jetzt haben sich nun die Abnahmeverhältnisse im Ruhrgebiet nicht unbedeutend verbessert. Ueber 10 000 Bergarbeiter werden mehr beschäftigt und auch die Zahl der Feiertage ging wesentlich zurück. Die Geschäftsergebnisse sind also nicht schlechter, sondern besser geworden. Aber selbst wenn die besonders von der Unternehmerpresse gefeierten Besserungszeichen nicht vorhanden wären, bliebe die Kündigungs-

aktion ein reaktionärer Reitschennall. Die Zechenherren wissen nur allzu gut, daß heute auf einen Ruhrbergmann die gleiche Leistungsmenge entfällt wie auf zwei Bergarbeiter vor einigen Jahren. Sie wissen, daß der durchschnittliche Lohnanteil je Fördertonne nahezu ein Drittel unter dem Stande von 1913 liegt. Sie wissen, daß die Gesamtlohnsumme gegenüber 1929 um etwa zwei Drittel zurückgegangen ist und am Lohn des Ruhrbergmanns nichts mehr „aufzulodern“ ist. Sie wissen auch, daß besonders infolge der Feiertage viele Bergarbeiterfamilien nur noch notdürftig existieren können. In der Öffentlichkeit begründen sie daher die Kündigung des Lohnsatzes damit, daß nur den notleidenden Zechen geholfen und durch Lohnsenkungen eine Besserung des Beschäftigungsgrades auf diesen Gruben herbeigeführt werden soll. Vor einigen Tagen behauptete die gleiche Unternehmerpresse in anderem Zusammenhange genau das Gegenteil. Anlässlich des Stilllegungsstandes der Zeche Sachsen vertat man nämlich den Standpunkt, daß die Förderung auf die besten Schichtanlagen konzentriert werden müsse und es ein Übel sei, weniger rentable Zechen in Betrieb zu halten, da man dadurch eine Absatzvermehrung doch nicht erreichen könne. Wir erwähnen diese Auslassungen nur, um zu zeigen, daß die Zechenherren bei ihren jeweiligen Maßnahmen um Begründungen, und seien sie auch noch so unsinnig und widerspruchsvoll, nie verlegen sind.

Die Kündigungsaktion des Zechenverbandes kann nach alledem nicht mit wirtschaftlichen Argumenten begründet werden. Es bleibt daher nur die einzig mögliche Vermutung, daß die politische Wendung, die Entstehung der Hitler-Regierung diesen Vorstoß veranlaßt hat. Welche reaktionären Hoffnungen gerade die Großindustriellen mit dem neuen politischen Kurs verbinden, geht aus verschiedenen Darlegungen an anderer Stelle dieser Zeitung hervor. Man wittert reaktionäre Morgenluft und möchte die machtpolitischen Chancen, die das Kabinett Hitler-Hugenberg bietet, nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Für die Bergarbeiter gibt es daher nur eine Parole, nämlich mit doppelter und verdreifachter Kraft wie bisher, für den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation zu sorgen, damit die Bergarbeiter der tarifpolitischen Kriegserklärung des Zechenverbandes und seiner politischen Bundesgenossen die richtige Antwort nicht schuldig bleiben!

Widersprüche im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Trotz Leistungssteigerungen — Lohnabbau! Günstige Geschäftsergebnisse und Direktorengelöhner.

Von der Wirtschaftsschrumpfung des Jahres 1932, verschärft durch die Folgen der Kreditkrise des Vorjahres, wurde auch der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau betroffen. Im Verhältnis zum Vorjahr sind in Produktion und Absatz erhebliche Rückschläge zu verzeichnen. Die Zahl der Betriebe verringerte sich nach den bergbehördlichen Angaben von 301 auf 277. Der Rückgang beträgt gegenüber dem Vorjahre 8 Prozent. Wenn die Unternehmer darauf hinweisen, daß diese Betriebsstillegungen auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen seien, so trifft das nicht zu. Verantwortlich für die ungeheure Zusammenschrumpfung der Zahl der Betriebe (seit 1923 237 Stilllegungen!) ist die Konzernierung der Braunkohlengesellschaften und die technisch-wirtschaftliche Rationalisierung. In immer größerem Umfange gingen die Unternehmer dann über, kleine Tagebauwerke mit geringen Flözen und vor allem Tiefbauwerke stillzulegen und deren Produktion auf die leistungsfähigeren Großtagebaue zu übernehmen.

Die Rohkohlenförderung belief sich 1932 auf 80,8 Mill. To. gegenüber 88,4 Mill. To. in 1931. Sie ging also um 8,5 Prozent zurück. Bei der Bruttoherstellung trat ein Rückgang von 22,5 Mill. To. 1931 auf 20,7 Mill. To. im Jahre 1932, also um 8 Prozent ein. Am geringsten ist die Abnahme bei der Koksproduktion, die von 579 908 To. 1931 auf 570 358 To. 1932 oder um 1,6 Prozent zurückging.

In der Leistungsfähigkeit der Arbeiter ist die entgegengesetzte Entwicklung festzustellen wie bei der Kohlenförderung. Dem Fördererückgang von 8,5 Prozent steht eine Leistungssteigerung je Mann und Schicht von 5,30 auf 5,66 To. oder um 6,8 Prozent gegenüber. Hierin ist nicht nur das Ergebnis der durchgeführten Technisierung der Betriebe, sondern in hohem Maße die stärkere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft zu erblicken. Bemerkenswert ist, daß die Leistungssteigerung trotz einer kürzeren Arbeitszeit als im Jahre 1930-31 erzielt wurde.

Am 1. Januar 1932 wurden die Tariflöhne auf Grund der Notverordnung trotzdem um 15 Prozent herabgesetzt. Die Effektiv-Durchschnittslöhne sanken von 7,03 M. in 1931 auf 5,78 M. in 1932 je Schicht. Der tatsächliche Rückgang beträgt also 17,7 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Das Lohnneinkommen der Arbeiter ist infolge der Feiertage und Kurzarbeit noch viel stärker gesunken.

Die technische Entwicklung ist im Braunkohlenbergbau zu einem gewissen Abschluß gekommen. Damit ist nicht gesagt, daß Neuerungen nicht mehr eingeführt werden. Nur der stürmische Umstellungs- und Rationalisierungsprozeß der letzten fünf Jahre neigt sich seinem Ende zu. Im vergangenen Jahre sind im Braunkohlengewerbe eine Anzahl neuer Bagger, Abteigemaschinen und Abraumförderbrücken eingeführt. Die höhere Leistungsfähigkeit in Verbindung mit dem zurückgegangenen Kohlenabatz führte zu früheren und längeren Stilllegungen der Abraumbetriebe. Auch Tagebaubetriebe mit geringerer Förderung wurden längere Zeit stillgelegt und die Förderung von den anderen Werken übernommen. Einige Gruben führten in der Tagebau-Kohlengewinnung die sich zur bewährte Bandförderung ein. Im Tiefbau wurden die Versuche, technische Hilfsmittel bei der Kohlengewinnung anzuwenden, fortgesetzt. Es zeigt sich aber, daß nur in beschränktem Ausmaß derartige Mittel verwandt werden können.

Die angegebenen Zahlen zeigen, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Verhältnis zu den anderen Zweigen der Rohstoff- und Fertigungsindustrie eine beachtenswerte Widerstandskraft in der Krise bewiesen hat. Diese Tatsache kommt auch in den Geschäftsabslüssen der großen Braunkohlengesellschaften deutlich zum Ausdruck. Die Gewinnergebnisse sind gegenüber dem Vorjahr nur in geringem Umfang zurückgegangen. Es war den auslageliebenden Unternehmungen auch im vergangenen Jahre möglich, annehmbare Dividenden, die sich vielfach in Vorjahrshöhe bewegten, zu zahlen. Die Rentabilität des Braunkohlenbergbaues geht auch aus der Beurteilung der Börse hervor. Der Gruppenindex für Braunkohlenaktien bewegt sich, im Gegensatz zu anderen Gruppen Industriaktien, beträchtlich über pari und hat sich in den letzten Monaten weiter günstig entwickelt. Beachtlich ist weiter, daß der Braunkohlenbergbau sein Modernisierungs- und Technisierungsprogramm, welches an die 100 Mill. M. heranreicht, aus eigener finanzieller Kraft durchgeführt hat. Er hat sich dadurch von einer ausländischen Verschuldung, die für viele Industrien im letzten Jahre verhängnisvoll war, freihalten können. Auch die inländische Verschuldung ist beim Braunkohlenbergbau sehr gering, so daß kaum von einer solchen gesprochen werden kann.

Trotzdem sträuben sich die Unternehmer, offen zuzugeben, daß es dem Braunkohlenbergbau relativ gut geht. Sie gehen vielmehr dazu über, in ihren Veröffentlichungen gegen die Feststellungen der Gewerkschaften heftig zu polemisieren mit der Behauptung, daß die in Deutschland genährte „Reisparole“ zu einer feindseligen Einstellung zum Braunkohlenbergbau führe. Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Rentabilität der Unternehmungen, sondern gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Arbeitgeber. Die Braunkohlengewinnung haben es verstanden, unter Vermeidung eigener Opfer die Krisenlasten restlos der Arbeiterschaft aufzubürden. Wir behaupten, daß der Braunkohlenbergbau nicht, wie er in seinem Geschäftsbericht sagt, sozial und volkswirtschaftlich richtig, sondern höchst unsozial und nach rein kapitalistischen Gewinngrundsätzen gehandelt hat. Die unerträgliche Lage der Arbeiter mit ihren Lohnsenkungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit steht in einem krassen Gegensatz zu den finanziellen Verhältnissen der Werke.

Vor einigen Wochen ging durch die Tagespresse eine Notiz, derzufolge bei den Werken-Beckenhäuser Braunkohlenwerken vier erfahrene bergmännische Generaldirektoren und Direktoren dem Einfluß von Pöschel und seiner Machtpolitik weichen mußten. Ueber die internen Kämpfe hat die Öffentlichkeit weiter nichts erfahren. An Abfindungen für diese Herren wurden Summen mit sechsstelligen Zahlen ausgeworfen. Dem Arbeiter gibt man keine Entschädigungen, wenn er entlassen wird. Die Leitungskosten der großen Braunkohlengesellschaften stehen mit an der Spitze sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften. So beträgt z. B. das Durchschnittsgehalt der Direktoren bei der AG. 130 000 M., bei der Deutschen Erdb.-AG. 120 000 M. Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Es ist höchste Zeit, daß man bei diesem Kostenfaktor entsprechend den wirtschaftlichen Notwendigkeiten anfängt abzubauen. Die Gewerkschaften wenden sich gegen die einseitigen und unsozialen Auswirkungen der Krise. Sie verlangen, daß die zu bringenden Opfer nicht allein von den Arbeitern, sondern auch von den Unternehmern zu tragen sind!

Kameraden!

Schwere Kämpfe stehen uns bevor. Durch den Vormarsch der politischen Reaktion sind sämtliche Arbeiterrechte und Errungenschaften bedroht. Alarmbereitschaft und restlose Organisierung der Bergarbeiter sind das Gebot der Stunde. Die Reaktion soll uns gerüstet finden. Stärkt den Verband!

Kameraden, achtet auf die Arbeiterzer splitterer!

Die KPD. hat der RSD. und dem kommunistischen Einheitsverbänden die Politisierung der Betriebsräte wahlen befohlen, weil sie ein parteipolitisches Geschäftchen dabei machen möchte. In ellenlangen Richtlinien zur Betriebsräte wahl 1933 erteilt die Reichsleitung der RSD. ihren Funktionären Anweisungen darüber, wie sie die Spaltung der Arbeiterbewegung nach höherer RSD.-Meinung besonders wirksam betreiben können.

Die kommunistischen Betriebsratsfunktionäre erhalten zwar den Befehl, laut für die „Einheitsfront“ und „Einheitslisten“ zu schreien, gleichzeitig machen ihnen aber die Arbeitsanweisungen die verstärkte Zersplitterung zur Pflicht. Die KPD. hat sich bisher so intensiv und so lange an der Spaltung der Arbeiterbewegung beteiligt, daß dieser Spaltungseifer anscheinend zu einer ihrer eigenen Ideen geworden ist.

Die KPD. treibt mit dem Wunsch aller Klassenbewußten Arbeiter nach einer einheitlichen Arbeiterfront, die, zumal nach der Vereinigung aller Reaktionen in der neuen Harzburger Front, dem Lebensinteresse der Arbeiterschaft entspricht, nur ein demagogisches Schindluderspiel. Ihre „Einheitsfront“, das ist die erstrebte Sammlung der Belegschaftsmitglieder hinter der Parteilinie des Bolschewismus.

Aber unsere Bolschewiken sehen anscheinend keine nennenswerten Hoffnungen auf die praktische Wirksamkeit ihres Einheitsfrontschwindels. Deshalb macht die KPD. es ihren Mitgliedern zur Pflicht, bei der Betriebsräte wahl die Gewerkschaftslisten zu erobern und lehrt demzufolge, daß die Hauptaufgabe vor der Einreichung der Kandidatenlisten zu erfüllen sei. Es ist deshalb anzunehmen, daß sich KPD.- und RSD.-Funktionäre mit den bekannten bolschewistischen Schwindelparolen an unsere Verbandsfunktionäre und Mitglieder heranzumachen. Kameraden, achtet deshalb auf die bolschewistischen Spalter und erteilt ihnen notfalls die erforderliche Abfuhr!

Die Aufstellung der Kandidatenlisten der freien Gewerkschaften erfolgt wie früher durch die Mitgliederversammlungen entsprechend den Beschlüssen unserer Generalversammlungen und den getroffenen Abmachungen mit den übrigen im Bergbau vertretenen freien Gewerkschaften und ungeachtet der parteipolitischen Ueberzeugung.

Kameraden! Klopft den Arbeiterzer splitterern auf die Finger und beobachtet aufmerksam ihre Ministerarbeit!

Organisation - nicht Demonstration!

13. Bundesausstellung des ADGB.

Am 31. Januar, also einen Tag nach der Regierungsumbildung, trat der Bundesauschuß zu einer Sitzung zusammen, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Beratungen geht aus nachstehendem Bericht hervor. Als der Bundesvorstand tagte, war die Reichstagsauflösung noch nicht bekannt. Diese erfolgte erst einen Tag später. Infolgedessen ist der Bericht durch die praktischen Ereignisse etwas überholt. Trotz alledem sind die Darlegungen äußerst wichtig und sehr lehrreich.

In seinem Bericht vor dem Bundesauschuß gab Leipart einen Ueberblick über die Entwicklung der politischen Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich am Sonntag und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Leider vergeblich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Leipart erinnerte an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor wenigen Monaten. Im November leitete Hindenburg es ab, Hitler ein Präsidialkabinett anzuvertrauen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als jemals einem früheren Kanzlerkandidaten. Er verlangte von ihm, daß er seine parlamentarische Mehrheit nachweise, wenn er auf die Kanzlerschaft Anspruch erhebe. Jetzt war hiervon keine Rede mehr. Hitler hat damals erklärt, er halte es für notwendig, daß der deutsche Kanzler in dieser Zeit die Aufgabe habe, für eine zeitlich fixierte und materiell begrenzte Aufgabe sich eine Ermächtigung vom Parlament zu verschaffen. Bekanntlich ist schon gestern

von dem Gedanken an ein solches Ermächtigungsgesetz geredet worden.

Was von dieser Regierung sozialistisch zu erwarten ist, zeigt das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die sachlichen Umgruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neugebildeten Krisenministerium. Auch die Haltung gegenüber einer Persönlichkeit wie dem Staatssekretär Grieser läßt die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen.

Die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministerium Hugenbergs läßt keinen Zweifel, wohin der Kurs geht. Keine staatliche Lohnpolitik, vielleicht auch keine Schlichtung mehr, selbst nicht in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf anderen Gebieten des Tarifrechts wird die gewerkschaftsfeindliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervortreten.

Die Arbeiterschaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein! Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie bisher. Organisation — nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde! Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Lösung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

Grasmann ergänzt den Bericht Leiparts durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen sollte.

Die Aussprache ergab in eindrucksvoller Weise die einmütige Uebereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat. Es versteht sich von selbst, daß die Zusammenlegung dieser Regierung zu stärksten Bedenken Anlaß gibt. Die Gewerkschaften stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesauschusses kennzeichnend war, kommt nicht von ungefähr, sie stammt aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewußtsein der Kraft, das keiner großen Geste bedarf und der Disziplin der Arbeiterschaft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Leipart faßte die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag — in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig günstig für sie zu liegen scheinen — eine tatarische Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Kumpelkammer verballter Vorstellungen reaktive Pläne herausholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen —, die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstieges auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewussten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unserer Organisationen entfremdet hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen übermächtigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch die Regierung nicht gelingen!

6. Woche Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 5. bis 11. Februar 1933

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair. Copyright by Malik-Verlag.

Als die Feierabendpfiffe erklang, eilte Mike Sitoria zu Hal, um alles Vorgefallene zu erfahren. Mike triumphierte. Einige neue Arbeiter waren zu ihm gekommen und hatten sich bereit erklärt, an der Bewegung teilzunehmen. Der Alte wußte nicht, ob dieser Erfolg seiner propagandistischen Begabung zuzuschreiben war oder seinem prächtigen, jungen amerikanischen Gehilfen; jedenfalls war er äußerst stolz. Er überreichte Hal einen Zettel, den ihm einer in die Hand gedrückt hatte, und Hal sah, daß er von Tom Olson geschrieben war. Der Organisator berichtete, daß im ganzen Kohlenrevier vom Waagekontrollleur gesprochen wurde, und man daher, was immer auch die Herren tun mochten, die Sache vom Propagandastandpunkt aus als einen Erfolg betrachten könne. Er fügte hinzu, Hal möge sich für die Nacht mit einer Anzahl von Leuten umgeben, um Zeugen zu haben, falls die Gesellschaft „irgendeinen Plan ausgeheckt habe.“ „Und Vorsicht mit den neuen Leuten, der eine oder der andere ist bestimmt ein Spion.“

Hal und Mike besprachen ihr Programm für die zweite Nacht. Keiner hatte Lust, abermals im Freien zu nächtigen — der alte Slowake seiner Knochen wegen, Hal, weil er bemerkte, daß ihnen mehrere Spigeln folgten. Bei Reminitzki sprach er mit einigen, die ihm ihre Unterstützung angeboten hatten, und fragte, ob sie geneigt wären, mit ihm die Nacht in Edstroms Hütte zu verbringen. Keiner wich diesem Beweis seiner ehrlichen Gesinnung aus — Decken wurden geholt, und die kleine Schar verfügte sich nach dem angegebenen Ort. Dort entzündete Hal die Lampe, hielt eine improvisierte Waagekontrollleurversammlung ab und belustigte sich nebenbei damit, Jaad auf Spione zu machen.

Einer der neu hinzugekommenen Leute war ein Bole namens Wojciechowski — dieser Name, der auf den Kamierowitz folgte, nahm Hal jede Hoffnung, die polnischen Namen je zu erlernen. „Wojciech“ war ein erster, kleiner Mann, mit traurigem, erschöpftem Gesicht. Er erklärte seine Anwesenheit damit, daß er es satt habe, bestohlen zu werden; er sei bereit, sein Teil für einen Waagekontrollleur zu bezahlen. Jagte man ihn fort, so würde er eben gehen, und der Teufel könne die Gesellschaft holen. Nach dieser Erklärung wickelte er sich in eine Decke, streckte sich auf den Fußboden und begann gar bald heftig zu schnarchen. Dies geschah keineswegs dem Benehmen eines Spions.

Der zweite war ein Italiener, Farenaga; dunkelbraun, von gefährlichem Aussehen. Er hätte gut für die Rolle des Bösewichts in einem Melodrama gepaßt. Er saß an die Wand gelehnt und sprach in gutturalen Lauten. Sein Englisch war

schwer zu verstehen. Endlich gelang es Hal, die Geschichte zu begreifen, die der andere immer wieder vorbrachte; er war in eine „Fanciulla“ verliebt, die Fanciulla aber spielte nur mit ihm. Nun aber hatte er eingesehen, daß sie eine Kofette und seiner Liebe unwert sei. Deshalb war es ihm vollkommen gleichgültig, ob er entlassen werde oder nicht. „Ich kämpfe nicht mehr um die Fanciulla, kämpfe für den Waagekontrollleur“, schloß er brummend seine Rede.

Der dritte „Freiwillige“ war ein Grieche, ein gesprächiger junger Burche, der selbe, der sich zur Mittagszeit neben Hal gesetzt hatte; er nannte sich Apostolikas. Er begann eifrig auf Hal einzureden, erklärte, wie sehr ihn der Waagekontrollleurplan interessiere, wollte genau wissen, was man vorhabe, ob man einen Erfolg erhoffen dürfte, wer die Bewegung ins Leben gerufen habe und wer daran beteiligt war. Hals Antworten waren kurze Predigten über Arbeiter-solidarität. Jedesmal, wenn der Mann zu neuen Fragen ausholte, erklärte ihm Hal, wie wichtig das Gelingen ihres Vorhabens für die Bergleute sei, deshalb müßten alle zusammenhalten und für das allgemeine Wohl Opfer bringen. Nachdem Hal ihn etwa eine halbe Stunde mit abstrakten Theorien gefüttert hatte, gab Apostolikas es auf, ihm etwas zu entlocken, und schlich zu Mike Sitoria hinüber, der, von Hal durch ein Augenzwinkern belehrt, nur von Spiegeln sprach und die furchtbaren Dinge ausmalte, die ehrliche Arbeiter diesen antun würden. Endlich streckte der Grieche sich, seiner fruchtlosen Bemühungen müde, auf den Boden. Hal ging zum alten Mike hinüber und flüsterte ihm zu, daß Apostolikas Vorname wohl Judas sein dürfte.

Der alte Mike schlief rasch ein, Hal jedoch war durch einige arbeitslose Tage ausgeruht, außerdem hielten ihn aufregende Gedanken wach. Da er ein paar Stunden still gelegen hatte, bemerkte er, daß sich jemand im Zimmer bewege. Im matten Schein der kleinen Lampe sah er unter halbgeschlossenen Lidern, daß einer der Männer sich aufsetzte. Zuerst konnte er die Gestalt nicht erkennen, schließlich sah er, daß es der Grieche war. Hal lag regungslos. Nach einer Sekunde waarte er noch einen Blick und sah den Mann, die Hände gegen den Boden gestützt, lauernd lauschen. Unter den halbgeschlossenen Lidern hervor beobachtete Hal, wie jener sich erhob, auf den Zehenspitzen vorsichtig über die schlafenden Gestalten stieg und immer näher kam. Hal ahmte, so gut es ging, den gleichmäßigen, ruhigen Atem des Schlafes nach; keine Kleinigkeit, da der Mann sich über ihn beugte, und ein Messerstoß zu den möglichen Vorfällen dieser Nacht gehörte. Doch mußte er auch dies riskieren. Nach einer schier endlos scheinenden Zeit fühlte er die Finger des Mannes schürte seine Seite berühren und bis zu seiner Rocktasche gleiten.

Er will mich durchsuchen, dachte Hal und erwartete, die Hand würde nun auch in die andere Tasche lauen. Wieder verging eine kleine Ewigkeit, dann erhob sich Apostolikas und schlich nach seinem Platz zurück. Eine Minute später lag er wieder lang ausgestreckt, und tiefe Stille herrschte in der Hütte.

Hal tastete leise nach der Tasche, und seine Hand berührte etwas, das er sofort als einen Stoß Banknoten erkannte. „Aha — dachte er, so steht die Sache und lachte innerlich. Er wußte, daß er die Banknoten so rasch wie möglich aus seiner Tasche entfernen müsse. Erst wollte er sie Judas zurückgeben,

dann jedoch beschloß er, sie für Edstrom aufzuheben, der gewiß bald in Not geraten würde. Er ließ dem Griechen eine halbe Stunde Zeit, um einzuschlafen, dann kratzte er leise und vorsichtig mit seinem Taschenmesser ein Loch in den Fußboden und vergrub das Geld, so gut dies ging. Nachher schlich er an einen anderen Platz und lag, angestrengt nachdenkend, noch lange wach.

Würden die Feinde den Morgen abwarten oder bald erscheinen? Er hielt letztere Annahme für wahrscheinlich und war deshalb nicht erstaunt, als nach etwa zwei Stunden die Klinke der versperrten Türe von außen niedergedrückt wurde. Einen Augenblick später dröhnte ein Krach, die Türe sprang auf, ein paar breite Schultern kamen zum Vorschein.

Sofort geriet alles in Verwirrung, einige sprangen mit lauten Rufen empor, andere saßen verflört, noch schlafumfangan. „Da ist der Kerl!“ schrie eine Stimme, die Hal folgte als die Jeff Cottons, des Berghauptmanns, erkannte. „Hände hoch! Ja, Sie, Joe Smith!“ Hal befolgte den Befehl, ohne das Aufblitzen des Revolvers abzuwarten.

Dann trat lähmende Stille ein. Da das Drama für alle anderen aufgeführt wurde, hieß es, ihnen zum vollen Aufwachen Zeit zu lassen. Ihre Augen mußten sich erst an das Licht gewöhnen. Hal stand derweilen da, die Hände hoch. Im Flackern der Fackeln konnte er die Gesichter unterscheiden. Der Berghauptmann, Bud Adams, Alec Stone, Jake Predovich und noch zwei oder drei andere waren in die Hütte gedrungen.

„Nun, Leute“, sagte Cotton schließlich, „Ihr seid doch die Kerle, die einen Waagekontrollleur haben wollen? Und das ist der Mann, den Ihr gewählt habt? Stimmt das?“

Keine Antwort. „Ich will Euch nun beweisen, was für ein Mensch das ist. Er kam heute zu Herrn Stone und bot ihm an, Euch zu verkaufen.“

„Das ist eine Lüge!“, sagte Hal ruhig. „Er hat zu diesem Zweck von Herrn Stone Geld genommen“, beharrte der Berghauptmann.

„Das ist eine Lüge!“ wiederholte Hal. „Er trägt das Geld bei sich!“ schrie der andere. Da wandte Hal sich den Arbeitern zu und rief: „Sie wollen mich verdächtig machen, Jungens. Laßt Euch nicht zum Narren halten!“

„Schweigen Sie!“ befahl der Berghauptmann. „Ich werde es Euch beweisen. Er hat das Geld bestimmt bei sich. Jake, durchsuchen Sie ihn!“

„Raßt auf, Jungens!“ rief Hal. „Sie werden mir das Geld in die Taschen stecken!“ Dann zum alten Mike, der zornig vorgepresungen war: „Schon gut, Mike, lassen Sie sie nur!“

„Ziehen Sie Ihren Rock aus, Jake“, befahl der Berghauptmann. „Streifen Sie die Hemdbärmel zurück, zeigen Sie Ihre Hände!“ Das Ganze geschah der Vorstellung eines Hauberkünstlers. Der kleine Jude zog den Rock aus, streifte die Ärmel bis über die Ellbogen zurück. Er zeigte den Zuschauern seine Hände, drehte sie nach vorne und hinten, dann schritt er langsam auf Hal zu, wie ein Hypnotiseur, der sein Medium einschläfern will. „Beobachtet ihn“, sagte Cotton. „Ich weiß, daß er das Geld bei sich trägt.“

Die Ohnmacht der kapitalistischen Privatwirtschaft.

Hugenberg als Retter seines Wirtschaftssystems.

Als am 30. Januar eine vom nationalen Laumel befallene Volksmenge die Straßen des nördlichen Berlins durchzog und die geschickten Regisseure dieses Theaterstücks so etwas wie „Volkswachen“ von Anno 1818 oder 1914 in Szene setzten, da ließen abseits von diesem Getriebe die führenden Kreise der kapitalistischen Privatwirtschaft den wirklichen „Sieger“ des Tages, Geheimrat Hugenberg. Die Wiedervereinigung der Harzburger Front ist ihm gegliedert, und damit hat Hugenberg seinen Kreisen zunächst Millionenbeträge aus einem bereits auf Verlustkonto abgeschriebenen Geschäft gerettet. Die Kreise der Schwerindustrie waren sich allerdings von Anfang an im Klaren darüber, daß sie die in die Nazibewegung investierten Millionen nicht als bare Münze von den früheren Geldempfängern zurück erhalten würden, sondern sie hatten es bei diesem Kuhhandel einzig und allein auf die Millionen in den Händen der Naziwähler abgesehen, um diese im geeigneten Augenblick in die Waagschale wichtiger politischer Entscheidungen zu werfen. Mit dem Eintritt Hitlers in die Reichsregierung ist dieser Wurf geschehen und der bisherige Verlauf der politischen Ereignisse gibt bereits den Vorgesicht davon, wie man den Boden vorbereitet, um zur Sanierung bankrotter Schloßbarone und Krautjunker die in der Wirtschaft fest verankert liegenden Interessen des Staates aufzulockern.

In wohlüberlegter Absicht hat daher Hugenberg für sich persönlich das Reichswirtschaftsministerium beansprucht, weil hierin die vielen faden schicksalsschwerer wirtschaftlicher Bindungen zwischen Staat und Privatwirtschaft verknüpft sind, deren Knoten jetzt durch die Reaktionsverschlagen werden soll, um endlich die kapitalistische Privatwirtschaft aus ihrer Ohnmacht zu befreien. Die Ereignisse des letzten Jahres geben hinreichend darüber Aufschluß, in welche Richtung sich die Ziele und Wünsche der großkapitalistischen Interessenten bewegen. In erster Linie ist es die immer wieder in den Vordergrund gestellte Reprivatisierung (d. h. Rückführung in die Privatwirtschaft) wichtiger Hauptstützpunkte der Wirtschaft, die in der alternativen Zukunft zweifellos mit Feuerfeuer der Verwirklichung näher gebracht wird. Nur die beiden wichtigsten letztjährigen Vorgänge staatlicher Eingriffe auf die Volkswirtschaft der Privatwirtschaft sollen nachfolgend noch einmal kurz skizziert werden, um die Größe der Gefahrenquelle zu veranschaulichen, die von den Reprivatisierungsabsichten der Reaktion ihren Ausgang nimmt.

Durch die Bankenkrise vom Juli 1931 ist das Reich (bzw. Golddiskontbank) Großaktionär und Großgeldgeber führender

deutscher Banken geworden. Die direkte Beteiligung des Reichs an den deutschen Aktienbanken per 31. Dezember 1932 zeigt folgendes Bild (in Millionen Mark):

| Bank | Aktienkapital | Reichsbeteiligung |
|--------------------------------------|---------------|------------------------|
| Debt-Bank | 144 | rund 45 = 31 Proz. |
| Dresdner Bank | 220 | rund 196,35 = 89 Proz. |
| Commerzbank | 80 | rund 56,16 = 64 Proz. |
| Wdca | 20 | rund 15 = 75 Proz. |
| Deutsche Zentralgenossenschaftskasse | 110,11 | rund 42,5 = 38 Proz. |
| Nordd. Kreditbank | 12 | rund 3,5 = 29 Proz. |

Außerdem befinden sich in den Händen der Golddiskontbank noch eine Reihe anderer Bankaktienpakete, die sich in ihrer Gesamthöhe auf etwa 5 Mill. M. beziffern.

An dem größten deutschen Schwerindustriellen Montanunternehmen, den Vereinigten Stahlwerken (Stahltrust), ist das Reich durch die Aktienmehrheit der Gelsenberg-Bergwerks-AG maßgebend interessiert. Gelsenberg besitzt von den 775 Mill. M. Aktienkapital des Stahlvereins rund 465 Mill. M. (60 Proz.). Gerade um die Reprivatisierung des Komplexes Gelsenberg-Stahlverein hat die Privatwirtschaft bisher einen besonders hartnäckigen Kampf geführt, da man den im Stahltrust zusammengeschlossenen Produktionsapparat für die freie Entfaltung lebenswichtiger privatwirtschaftlicher Interessen wieder nutzbar machen will. Um dieses Ziel zu erreichen, hält man auf Seiten der Privatwirtschaft nicht einmal die Sanierung des Stahlvereins für notwendig, ein recht kennzeichnender Wegweiser dahin, wohin diese Art Wirtschaftspolitik führt!

Von den vielen anderen wirtschaftlichen Problemen, z. B. der Sanierung industrieller Unternehmen ganz zu schweigen — wir nennen hier nur den Bohringen-Konzern sowie den Bergwerkskonzern Ewald-König Ludwig — wird die

Tomme Subventionspolitik ganz dem Rahmen des Wohlfahrtsstaates für die Schloßbarone und Krautjunker angepaßt

jein. Hugenberg als Reichswirtschaftsminister bietet diesen Kreisen hinreichend die Gewähr für die Erfüllung aller jener Wünsche, die man bisher hinter den Kulissen wirtschaftlichen Geschehens sich vielleicht hin und wieder einmal zuflüsterte, die aber von nun an unter dem heutigen Regime offen ausgesprochen, ja sogar zu Forderungen erhoben werden. Alles das ist aber ein deutlicher Beweis für die Ohnmacht der kapitalistischen Privatwirtschaft.

legten die Arbeit nieder. An diesem Betriebspunkt arbeiteten Christen, KPD und unorganisierte Kameraden. Geschlossen streikten sie, nachdem ein christlicher Kumpel, der vorher nicht mitmachen wollte, sich gleichfalls für den Streik aussprach. Die Nachricht vom dem Streik verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch den Schacht. Schimpfend und brüllend kam der Steiger angegrannt mit Gebärden, als wolle er die Kumpels antreiben. Aber es wurde nicht weiter gefördert, nicht eher, als bis die Wetterzufuhr in Ordnung gebracht wurde. Der Steiger ließ die viel-sagende Bemerkung fallen, die Arbeiter hätten doch immer so gearbeitet; erst seit der rote Betriebsrat B. da sei, wollten sie das nicht mehr. Angesichts der geschlossenen Streikhaltung wurde die Direktion gezwungen, sofort einen Elektriker und zwei Gleisleger an den bestreikten Betriebspunkt zu entsenden und die Wetterzufuhr in Ordnung bringen zu lassen. Sodann wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Nach weiterer Selbstweihrauchung kommt der Bericht erstatter, der „rote“ Betriebsrat B., zu der Feststellung, daß dieser erfolgreiche Teilstreit ein Schritt war auf dem Wege des Kampfes um die Verwirklichung der betrieblichen Kampfforderungen.

Der „Teilstreit“ in Wirklichkeit.

Sofort nach Bekanntwerden des „siegreichen und erfolgreichen“ Teilstreiks auf Friedrichshall wurde von der Bezirksleitung Hannover unseres Verbandes eine Mitalliederversammlung der Zahlstelle Sehnde einberufen, um zu den im vorstehenden Artikel geschilderten Verhältnissen Stellung zu nehmen. Die Versammlung fand am 18. Januar statt und war sehr gut besucht. Der Vertreter des Verbandes verlas den vorstehend nur auszugsweise wiedergegebenen Artikel der NZZ und konnte feststellen, daß keiner der Anwesenden und darüber hinaus kein Mitglied der Belegschaft auch nur das geringste von dem siegreichen Teilstreit wußte. Unter allgemeiner Heiterkeit wurde als Veranlassung der Siegesmeldung folgender Sachverhalt festgestellt:

Auf der 500-Meter-Sohle arbeiteten an dem fraglichen Tage neben anderen auch zwei Mann vor einem Betriebspunkt. Der eine davon war der „rote“ Betriebsrat Brandes (wahrscheinlich identisch mit dem famosen Berichterstatter der NZZ), der andere ein ebenso strammes KPD-Mitglied namens Karl Lange. Um eine bessere Ventilation zu erzielen, war hinter den beiden ein transportabler Ventilator aufgestellt worden. Den hierdurch hervorgerufenen Wetterzug konnten anscheinend die beiden KPD-Jhelden nicht vertragen. Abwechslend wurde der Ventilator zuerst von B. hinter L. gesetzt, der ihn dann sofort wieder hinter B. aufbaute. Dieses wurde mehrfach wiederholt, und zwar so lange, bis es zum Streit zwischen den beiden kam. Zuerst belegte man sich mit allerlei Köseworten, dem Sprachschatz der KPD. entnommen. Später kam es sogar soweit, daß der KPD-Mann Lange seinem Genossen Brandes zurief: „Ich schlage Dir gleich mit der Hacke vor den Schädel!“ Der Zimmertbauer Heinrich Wehring hat diesen Vorfall mit angesehen und gehört. Ungewidert von diesem unkameradschaftlichen Verhalten, sagte er ihnen: „Ihr wollt Genossen sein? Ihr solltet euch was schämen!“

Während des Vorfalls kam der Steiger Ebeling dazu. Der „rote“ Betriebsrat ließ den Steiger entgegen und beschwerte sich über die schlechte Wetterführung, trotzdem sie kurz vorher so stark war und Grund zu der Auseinandersetzung gegeben hatte. Der Steiger sagte, er käme sofort zurück. Bis zur Rückkehr des Steigers, was etwa eine Viertelstunde dauerte, stellte der „rote“ Betriebsrat mit seinem Kumpel die Arbeit ein.

Das ist in kurzen Umrissen der Hergang des großen und erfolgreichen Teilstreiks auf Friedrichshall. Damit vergleiche man den Artikel in der NZZ und die Wichtigkeit, die diesem einfachen Vorgang von den kleinen Genossen der KPD und darüber hinaus auch von den Redakteuren der NZZ beigemessen wird. Wenn Bächerlichkeit löten würde, lebte von diesen Leuten schon längst keiner mehr!

Ein Heldenstück der KPD. im Bezirk Hannover.

In Hannover erscheint als Organ der KPD für den Bezirk Niederachsen die „Neue Arbeiter-Zeitung“ (NAZ). In ihrer Nr. 13 vom 15. Januar 1933 erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Vom roten Betriebsratsstreik zum siegreichen Teilstreit! Erfolgreicher Teilstreit auf Kallweit Friedrichshall in Sehnde. Die erste Arbeitsniederlegung seit mehr als zehn Jahren. Kallkumpels, zieht die Lehren! Rüstet zum betrieblichen Kampf für eure Kampfforderungen! Kämpft in der revolutionären Einheitsfront unter Führung der KPD und KPD!“

Nach dieser schwalligen Überschrift, die in großen Balken über zwei Spalten geht, heißt es dann, und zwar gleichfalls fett gedruckt, weiter:

„Fah! auf!“ rief Hal, „er wird es mir zuteilen!“
 „Hände hoch, junger Mann“, befahl der Berghauptmann.
 „Zurück da!“ dies zu Wite Sofia und den anderen Zuschauern, die, näher drängend, einander über die Schultern spähten.
 Damals war alles tiefstern, später jedoch, wenn Hal der Szene gedachte, mußte er lachen bei der Erinnerung an Predovichs groteske Gestalt, der beim Durchsuchen sich so weit wie möglich von Hal fernhielt, damit alle sehen, daß das Geld tatsächlich aus Hals Tasche komme. Zuerst wurden die Innentaschen, dann die Hemdtaschen durchsucht; es sollte langsam auf den Höhepunkt hingearbeitet werden.
 „Drehen Sie sich um!“ befahl Cotton. Hal tat es, und Predovich durchwühlte die Hofentastchen. Er nahm der Reihe nach eine Uhr, einen Kamm, einen Spiegel und ein Taschentuch heraus. Nachdem er diese Dinge betrachtet und sie in die Höhe gehalten hatte, warf er sie auf den Fußboden. Als er Hals Börse öffnete, erfasste atemberaubende Spannung die Umstehenden. Dort der Hügel der Gesellschaft enthielt die Börse nur einige Kupfermünzen. Predovich schloß die Börse und warf sie zu Boden.
 „Warst, er hat noch nicht alles durchsucht!“ rief der Zeremonienmeister. „Er hat irgendwo das Geld, Jungens! Haben Sie schon in den Seitentaschen nachgesehen, Jafe?“
 „Noch nicht“, erwiderte Jafe.
 „Schauen Sie genau!“ rief der Berghauptmann. Alle beugten sich neugierig vor, und Predovich ließ sich auf ein Knie nieder und durchsuchte erst die eine, dann die andere Tasche.
 Er zog die Hand wieder zurück, und die verblüffte Enttäuschung seines Gesichtes war so offensichtlich, daß Hal ein Lachen kaum verbeissen konnte. „Es ist nichts da“, erklärte er.
 „Wie?“ rief Cotton — und die beiden starrten einander an.
 „Bei Gott, er ist es irgendwo losgeworden!“
 „Ich habe kein Geld bei mir, Jungens!“ erklärte Hal. „Sie wollen uns zum Narren halten.“
 „Er hat es versteckt!“ brüllte der Berghauptmann. „Finden Sie es, Jafe.“
 Und Predovich suchte nochmals, rasch, bebend vor Eifer. Jetzt dachte er nicht mehr an die Zuschauer, ihm war nur noch um das schöne Geld leid. Hal mußte den Kopf ausziehen. Jafe trennte das Futter auseinander, knöpfte Hals hosen auf, griff hinein, durchwühlte die Schenkel.

Trotz allem Suchen kam kein Geld zum Vorschein. Die Sucher standen verblüfft und ratlos. „Er hat Euch für fünf- undzwanzig Dollars an Herrn Stone verkauft!“ behauptete hartnäckig der Berghauptmann. „Irgendwie hat er sich des Geldes entledigt.“
 „Jungens“, rief Hal, „man hat einen Spion hergeschickt, und ihm befohlen, mir Geld in die Tasche zu schmuggeln.“ Dabei blickte er Apollonias an und sah, wie dieser aufschrak und ein paar Schritte zurückwich.
 „Der war's! Der ist ein Spion!“ rief der alte Wite. „Ich wette, er trägt das Geld noch bei sich!“ und er versuchte, in die Nähe des Griechen zu gelangen.
 Der Berghauptmann erkannte, daß der Augenblick gekommen sei, da bei diesem Drama der Vorhang fallen müsse.
 „Genug dieses Blödsinns“, sagte er kurz. „Her mit dem Per!“ Im nächsten Augenblick hielten zwei Hal bei den Hand-

gelenken, während ihn ein Dritter am Kragen packte. Noch ehe die Bergleute zur Besinnung kamen, war das Opfer bereits aus der Hütte geschleppt worden.

Die folgernde Viertelstunde gestattete sich höchst peinlich für den Anwärter auf den Waagekontrollposten. Draußen in der Dunkelheit stand es dem Berghauptmann und Alec Stone frei, sich ganz ihrer Wut hinzugeben. Sie überschütteten Hal mit Schmähungen, stießen ihn, verletzten ihm Fußstrühe. Einer der Männer, die seine Handgelenke umklammert hielten, drehte ihm den Arm um, bis er vor Schmerz aufschrie; dann beschimpften sie ihn noch ärger und befahlen ihm, zu schweigen. Rasch und leise ging es die dunkle, schweigende Straße entlang, durch das Büro des Berghauptmanns, in den Raum, der im Nordtal als Gefängnis diente. Hal war herzlich froh, als man ihn allein ließ und die schwere, eiserne Tür aufschlug.



Das Ganze war eine dumme und primitive List gewesen, so recht für das Verständnis jener berechnet, für die sie ausgedacht worden war. Wäre Hal nicht zufällig wach gelegen, so hätte man das Geld bei ihm gefunden und am nächsten Morgen hätte die ganze Kohlengrube gewußt, daß er gekauft sei. Freilich hätten seine persönlichen Freunde und die Mitglieder des Komitees es niemals geglaubt; allein die Masse der Arbeiter wäre davon überzeugt gewesen, und damit hätte auch Tom Olsons Versuch im Nordtal seinen Zweck verfehlt. Trotz aller späteren Ergebnisse blieb Hal dieser Vorfall lebhaft im Gedächtnis; er diente ihm als Symbol für gar vieles. Genau wie die Herren versucht hatten, ihn schlecht zu machen, so sah er sie später die ganze Arbeiterbewegung schlecht machen und die Intelligenz des ganzen Landes täuschen.

Nun saß Hal im Gefängnis. Er trat ans Fenster und unter suchte die Eisenstangen, doch waren die gemacht, um derlei Proben auszuhalten. Dann tastete er sich im Finstern durch den Raum, erforschte sein Gefängnis und erkannte, daß es aus einem in ein Zimmer eingelassenen eisernen Käfig bestand. In der einen Ecke befand sich eine Bank, in der anderen ebenfalls, nur war diese etwas breiter und mit einer Matratze bedeckt. Hal hatte früher etwas über Gefängnisse gelesen — er beschloß, der Matratze aus dem Wege zu gehen, setzte sich auf die harte Bank und dachte nach.

Es kann nicht bestritten werden, daß es eine besondere Gefängnispsychologie gibt, genau wie der Umstand des ewig gebeugten Rückens in einer fünf Fuß hohen Wader und der vom Kohlenbrechen munden Hände eine besondere Psychologie schafft. Dann gibt es noch eine dritte, die jenen eigen ist, die von der Arbeit der Kohlenbergleute erhalten, ein Wohlleben führen. Das erste Gefühl im Gefängnis ist, daß man ein Tier sei. Die tierische Seite der Menschennatur tritt besonders stark zum Vorschein, die tierischen Leidenschaften, Haß und Angst, erreichen ungeheure Dimensionen; nur durch geistige Anstrengung kann es gelingen, sie im Zaum zu halten. Ist man ein denkender Mensch, so denkt man im Gefängnis unendlich viel. Die Tage sind lang, die Nächte noch länger — man hat für alle möglichen Gedanken Zeit.

Die Bank war sehr hart und schien allmählich noch härter zu werden, in keiner Lage wollte sie weich erweichen. Hal erhob sich, schritt auf und ab, legte sich dann eine Weile nieder und

schritt dann abermals auf und ab. Die ganze Zeit dachte er angestrengt nach, und die ganze Zeit über sicherte die Gefängnispsychologie tiefer und tiefer in seinen Geist.

Zuerst bedachte er die nächstliegende Frage. Was würdest sie mit ihm anfangen? Das allerwahrscheinlichste war, daß sie ihn aus dem Bergwerk hinauswürfen, um so ein für allemal mit ihm fertig zu werden. Würde dies jedoch ihrer Wut genügen? Hal hatte unklar von einer amerikanischen Institution gehört, die der „dritte Grad“ hieß; doch war ihm niemals eingefallen, daß dieser in seinem Leben eine Rolle spielen könnte. Seltsam — mit was für anderen Augen er dies nun ansah!

Hal hatte Tom Olson mitgeteilt, daß er ihm nicht versprechen könne, eine Gewerkschaft zu organisieren, wohl aber verspreche, den Waagekontrollleur durchzusehen. Damals hatte Olson gelacht — und anscheinend beide Dinge für gleichbedeutend gehalten! Und nun schien es fast, als hätte Olson wohl gewußt, was es jagte. Denn urplötzlich war Hals Angst vor der Tyrannei der Gewerkschaft und ihrer Vertreter wie ausgelöscht, mehr noch, er wünschte von Herzen, die Leute im Nordtal möchten eine Gewerkschaft organisieren und so tyrannisch sein, wie sie nur konnten! Diese Sinnesänderung teilte Hal, gänzlich unbewußt, mit vielen Weltverbessern, die als sanfte, wohlwollende Verbesserer irgendeines Gerechtigkeitsaktes beäugen und durch die Wandlung, die ihr Denken im Gefängnis durchmacht, zu glühenden, entschlossenen Revolutionären werden. „Ewiges Geißel der ungeschafften Seele“, sagte Byron, „Freiheit, am gewaltigsten bist du in Ketten!“

Und der Dichter fügt noch hinzu: „Wenn deine Söhne im Kerker schmachten, trägt jedes Windes Flügel der Freiheit Ruhm ihnen zu.“

Und wie es einst in Chillon gewesen, so schien es heute im Nordtal zu sein. Der Morgen kam, Hal stand am Fellenfenster, hörte die Sirene aufkreischen und sah die Veraleute an ihre Arbeit gehen, die werkbeugten, blassen Geschöpfe der Unterwelt, die gleich einem Affenzug im fahlen Frühlicht vorbeischnitten. Er winkte ihnen freundlich zu, sie blieben stehen, starrten zu ihm herauf, winkten wieder. Er wußte, daß jeder dieser Männer über seine Gefangennahme und über deren Gründe nachdachte — derart floß auch zu ihnen eine Welle der Gefängnispsychologie hinüber. Hatten sie der Gewerkschaft an und für sich, oder der Notwendigkeit einer Gewerkschaft im Nordtal mißtraut, so würden nun dieses Mißtrauen und jeglicher Zweifel schwinden.

Ein einziger Umstand beunruhigte Hal: weshalb ließen die Aufseher ihn hier, wo ihn jeder sehen konnte; sie hätten ihn doch so leicht ins Auto schleppen und nach Pedro bringen können? Was es ein Zeichen der Verachtung, die sie für ihre Sklaven empfanden? Rechneten sie damit, daß der Anblick des Gefangenen weit mehr Furcht als Ingrimm hervorrufe? Und war es nicht möglich, daß sie die Arbeiter besser kannten als Hal? Er erinnerte sich an Mary Burkes Pessimismus, und kalte Angst begann an seiner Seele zu zerrn, doch rang er, unter dem Einfluß der Gefängnispsychologie, diese Angst nieder. Er haßte die Gesellschaft um ihres Zynismus willen. Mit abwallten Fäulnis und zusammengebeugten Jähnen verlangte es ihn, den Aufsehern eine Lektion zu erteilen, ihnen zu beweisen, daß ihre Arbeiter keine Sklaven, sondern Männer sind! (Fortf. folgt.)

Zechenherren und Hitler-Regierung.

Was die kapitalistischen Wirtschaftsführer erwarten.

Mit welchen Hoffnungen die Bergbauunternehmer das Zustandekommen der Hitler-Regierung begrüßen, geht aus den triumphierenden Zeilen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ sehr deutlich hervor. Bereits am 31. Januar meinte dieses schwerindustrielle Sprachorgan:

„Auf lange Sicht betrachtet, ist der Sieger des Tages Alfred Hugenberg. Die entscheidenden wirtschaftlichen Ministerien liegen in seiner Hand. Hugenbergs privatwirtschaftliche Einstellung ist bekannt. Sie war eine der Hauptursachen, weshalb die Gewerkschaften aller Richtungen und ihre Parteien gerade diesen Mann bis aufs Blut bekämpften.“

In dem gleichen Artikel feiert man den neuen Arbeitsminister mit folgenden Worten:

„Dah der Führer des Stahlhelms, Seldte, an die Spitze des Arbeitsministeriums berufen wurde, ist ein kühner Entschluß. Selbst Besitzer einer chemischen Fabrik, die er vom Vater übernahm, wurzelt er in der geistigen Ueberlieferung eines schöpferischen Unternehmertums und ist mit den Sorgen vertraut, die der Unternehmertätigkeit aus der politischen Entwicklung der letzten 15 Jahre erwachsen sind.“

Zwei Tage später äußert sich das Bergwerksorgan über die zukünftige Lohnpolitik wie folgt:

„Wenn nunmehr diese Abteilung (gemeint ist das Lohnpolitische Ressort des Reichsarbeitsministeriums. D. Red.) dem Reichswirtschaftsministerium zugeschlagen wird, dann liegt darin das Bekenntnis, den Lohn in Zukunft im Rahmen der Wirtschaftspolitik zu regulieren. Diese Politik braucht die Gewerkschaften nicht notwendigerweise aus der Mitwirkung bei der Lohnfestsetzung auszuschließen, sie werden allerdings mit einer bedingungslosen Unterstützung ihrer Lohnpolitik durch den Staat wie früher nicht mehr rechnen können.“

Bezüglich der Koalitionsfreiheit und der Anerkennung der Gewerkschaften als Berufsvertretungen

werden in dem Unternehmerorgan nachstehende merkwürdige Ansichten geäußert:

„Für ebenso selbstverständlich möchten wir es halten, daß die Gewerkschaften ihre bevorzugte Rechtsstellung aufgeben müssen, denn das verfassungsrechtlich festgelegte Prinzip der Koalitionsfreiheit steht voraus, daß die Arbeitnehmer sich in Formen koalieren können, wie immer sie dieselben als praktisch für die Wahrung ihrer Interessen ansehen mögen. Daß bisher die Gewerkschaftsform die einzig anerkannte Koalitionsform für Arbeitnehmer war, hängt ebenfalls mit dem früheren politischen Uebergewicht der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahestehenden politischen Gruppen und Parteien zusammen.“

Diese Ausführungen besagen nichts mehr und nichts weniger, als daß die Arbeiterchaft bei ihren zukünftigen Tarifverhandlungen nicht mehr mit einer staatlichen Hilfsstellung rechnen kann, sondern nur noch auf ihre gewerkschaftliche Selbsthilfe angewiesen sein wird. Sie deuten aber auch an, daß man die Gelben und Nazijellen zu tariffähigen Vereinigungen stempeln und damit die gewerkschaftliche Einheitsfront zerbrechen will. Schon am 31. Januar feierte das Bergwerksorgan den neuen Arbeitsminister Seldte als einen Mann, der in Form der „Stahlhelm-Selbsthilfe“ eigene Arbeitnehmerorganisationen geschaffen habe. Wir sehen also, wohin der neue Kurs führen soll!

Kameraden! In der Geschichte der Bergarbeiterbewegung gibt es ein Trug- und Lösungswort: „Nun erst recht!“ Unter dieser Losung haben die freiorganisierten Bergarbeiter den reaktionärsten Machenschaften im vorigen Jahrhundert getrotzt. Unter dieser Losung haben sie alle organisationsfeindlichen Pläne abgewehrt und die Organisation zu einem Machtfaktor ausgebaut.

Nun erst recht — das muß jetzt die Losung aller Bergarbeiter werden! Nun erst recht — Ausbau und Stärkung des Verbandes! Die dunklen Pläne der neuen Machthaber sollen und müssen die Bergarbeiter gerüstet finden!

Grubenmiskstände im Bormrevier.

Auf der Grube Carl Alexander in Baesweiler ist seit einiger Zeit ein neuer Obergeleit mit der Führung des Betriebes betraut. Seine Untergeleit hat er sich aus dem Ruhrgebiet mitgebracht. Festzustellen ist, daß seit dem Regierungsantritt dieses Mannes die Förderung wesentlich gesteigert wurde. Die Folge davon ist, daß die Grube Carl Alexander Feierschichten einlegen muß. An den sonstigen Standorten, wie sie auf diesem Bitt herrschen, hat die neue Leitung bis heute noch nichts zu ändern vermocht. Im Gegenteil, auf keinem Bitt im ganzen Bormgebiet werden sozial Ueberstunden und Ueberlohnverfahren wie auf diesem.

Eine geregelte Seilfahrt kennt man nicht mehr. Die Kumpels fahren aus, wenn sie ihr Pensum erfüllt haben. Es ist schon so weit, daß große Teile dieser Leute unter dem Druck des Betriebssystems freiwillig in der Grube bleiben und sogar auch noch auf ihren Lohn, den sie für diese freiwilligen Ueberstunden zu fordern haben, verzichten. Die Betriebsvertretung weiß und duldet es. Beschwerdeführende Kumpels werden mit dem Hinweis auf die schlechten Gebirgsverhältnisse auf eine spätere bessere Zeit vertröstet.

Die Fahrwege in den Steigerrenieren spotten aller Beschreibung. Verletzte Bergarbeiter müssen unter den allergrößten Gefahren und körperlichen Schmerzen durch diese Löcher geredert werden. Unlängst ist es passiert, daß man einen verletzten Kumpel auf das Transportband gelegt und ihn auf diesem Wege, der gewiß nicht für Menschenbeförderung eingerichtet ist, nach unten befördert hat.

So wie es in der Grube ist, so ist es über Tage. Dredig und Speidig, wo man hinschaut. Die Waschkäue ist ungenügend geheizt und es kommt vor, daß noch nicht mal warmes Badewasser vorhanden ist.

Ein tolles Stück ist vor kurzem passiert. Der Steiger W a h n i t hat in der Mittagsdicht am 16. Januar d. J. seine Benzinsicherheitslampe in einem Bandstoß an einer Bandmaschine aufgehängt und diese Lampe brennend dort hängen gelassen. Am anderen Tage, also am 17., hing die Lampe noch an derselben Stelle.

Es taucht hier die Frage auf: Wie konnte so etwas geschehen? Hat dieser Steiger Kaugaugen, daß er keine Lampe braucht, oder hat er eine elektrische Grubenlampe? Die Benzinsicherheitslampen, die ja doch nur in den Händen einzelner Personen, wie

Aufsichtspersonal, Schichtmeister und Wetterkontrollreue sind, sollen doch dazu dienen, die Sicherheit des Betriebes und das Erkennen von Schlagwetteranomalien zu gewährleisten. Sehr leicht hätte diese Grubensicherheitslampe in unberufene Hände kommen und ein größeres Unglück heraufbeschwören können.

Aber noch viel toller ist folgender Vorgang:

Ein Arbeiter findet in einem Blindort fünf Sprengstoffpatronen mit einem Zünder. Er gibt diesen gefährlichen Fund vorschriftsmäßig an den jetzigen Steiger, früheren Fahrsteiger Seeber ab. Der Herr S. nimmt diese Patronen in Empfang, legt sie an den Kohlenstoß und geht weg. Der betreffende Kumpel ist sprachlos. Er staunt über diese Handlungsweise und spricht den Steiger bei seiner Rückkehr daraufhin an. Er macht ihn darauf aufmerksam, ob es doch nicht besser sei, diese Patronen mit dem Zünder in eine Kiste einzuschließen. Der ehemalige Fahrsteiger aber schauert den Mann an mit dem Bemerkung, daß ihn das überhaupt nichts angehe, was er mit der Munition mache. Er läßt die Munition liegen. Später kommt eine andere Aufsichtsperson. Diese wird ebenfalls auf die von dem Fahrsteiger an den Stoß gelegte Munition aufmerksam gemacht. Daraufhin nimmt man die Munition fort und versteckt sie in dem Blindort.

Wenn das vorstehend Geschilderte zutrifft — es wurde uns so berichtet —, dann faßt man sich an den Kopf und fragt sich, wie ist solches trotz der verstärkten Kontrolle der Bergbehörde immer noch möglich?

Wird die Bergbehörde hier auch schon so behandelt und eingekerkert wie von dem Betriebsgewaltigen auf Grube Maria? Will sich die Bergbehörde durch die Leute von Carl Alexander genau so lächerlich machen wie durch Herrn Wiebecke auf Maria?

In der Munitionsgeschichte soll ja schon eine Untersuchung durch den Betriebsführer eingeleitet sein. Weiß das die Bergbehörde? Wir erinnern nur an die Revolveraffäre des Generalhollmähmähmähmäh. Hoffentlich werden die Arbeiter, die diesen Vorfall miterlebt haben und als Zeugen auftreten, nicht als der Betriebsleitung unbenutzte Mitwisser entlassen.

Bergarbeiter von Carl Alexander, kommt endlich zur Einsicht und macht Front gegen ein derartiges System. Schließt euch fest zusammen im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Der Alte Verband ist die erste, älteste und stärkste Schutz- und Trugorganisation der deutschen Bergarbeiter.

Mein Rententampf.

Solange es Sozialversicherungen und Sozialgesetze gibt, wird es auch Kämpfe auf diesem Gebiete geben. Vielerlei sind die Erfolge der Organisationen, die durch ihren Rechtsschutz sich zur Aufgabe gestellt haben, die der Arbeiterchaft bestrittenen Rechte zu sichern und vor Benachteiligung zu wahren. Mag man daher wohl ein Stück Vermessenheit darin sehen, meinen Fall besonders an die Oberfläche zu ziehen, so lohnt sich der Originalität halber eine nähere Beleuchtung: der Organisation zur Ehr' und manchem zur Lehr'.

Es war zu Anfang des Jahres 1929, als ich nach längerer Tätigkeit mit Pfeilwerkzeugen insolge dauernder überhandnehmender Schmerzen im linken Handgelenk gezwungen war, die Arbeit einzustellen. Ein halbes Jahr Ruhe, begleitet mit allen möglichen Massagen und Einreibungen, brachten keine Veränderung, geschweige denn Besserung. Nur für leichte Arbeit fähig, trat ich den Gang zur Zeche wieder an, um in der verpönten Nachtschicht als überflüssiges Brack zu gelten, das man aus einer Ede in die andere schiebt.

Ein an körperlichem Ausmaß winziger Steiger, der heute auch schon an ganz untergeordneter Stelle für Arbeiterlohn sein Gnadentrot genießt, machte sich ein besonderes Vergnügen daraus, mir meine Leistungsunfähigkeit als impertinenten Arbeitsunlust unter die Nase zu reiben. Er mag jetzt darüber nachdenken, ob ihr sein Draufgängertum vor dem Sprung über die Klinge retten wird oder er auch zum Dank über kurz oder lang ins Arbeitslosenhäuser überbiegelt. Schaden kann es einem solchen Soldnrecht des Mammons keinesfalls.

Für mich war jedenfalls die Sache ganz offensichtlich, daß nur der Abbaumhammer meine verminderte Arbeitsfähigkeit ver-

ursacht hat. Da unser Genosse Arbeitsminister solche Mängel in die Kategorie der Berufskrankheiten rangiert hatte, zauderte ich nicht, der Berufsgenossenschaft meine Ansprüche anzumelden.

Im Handumdrehen lag ein gänzlich ablehnender Bescheid vor, da ich nach Angabe der Zeche keine Arbeiten mit Pfeilwerkzeugen verrichtet hätte. Dieses stimmte insofern, als ich tatsächlich erst einen Monat vor Beginn des Krankheitsens von einer stillgelegten Zeche dorthin verlegt worden war. Nachdem ich genaue Angaben über eine vorherige längere Tätigkeit gemacht und man meine früheren Steiger zu genauen Aussagen veranlaßt hat, ging man darauf ein und ordnete eine Untersuchung im Bergmannsheil in Bochum an. Wie erwartet, verlief diese negativ. „Selbstverständlich“ beruhte die Erkrankung auf anderen undefinierbaren Ursachen. Eine Entschädigung kommt durchaus nicht in Frage. Das Korps der jungen Verze spielte den Allerweltweisen. Nicht einer auf die Erkrankung bezüglichen Frage wurde ich gewürdigt. Zu erhaben dünkten sich die meines Erachtens fleißig nach Ablehnungsgründen suchenden Herrn. Ein Glück, daß es Rekurse gibt, die den erfreulichen, den Unternehmern natürlich peinlich im Magen liegenden Zweck haben, tiefschürfender in die Materie einzudringen, vom neutralen Standpunkt aus der Gerechtigkeit die Bahn freizulegen.

Mein Rekurs beim Reichsversicherungsamt brachte den Erfolg, daß ein professorisches Gutachten meine Auffassung voll und ganz teilte. Zur Abgabe dieses Gutachtens bediente sich der Universitätsprofessor der Vermittlung des Krankenhauses Bergmannsheil. Der ablehnende Oberarzt wurde aufgefordert, eine nochmalige Röntgenaufnahme zu machen und diese einzulenden. Im Verlauf dieser Tätigkeit konnte es sich dieser Herr, der in der Folgezeit noch mehrmals eine Rolle spielt, nicht verkneifen, mich auf die Ausfallslosigkeit meines Unternehmens aufmerksam zu machen. „Es wird Ihnen nichts nützen! Die

Ihnen nicht bekannt sein können den Bestimmungen bilden ein derart großes Hindernis, daß ein Erfolg Ihrerseits völlig ausgeschlossen erscheint!“

Die „Bestimmungen“ aber sind den routinierten Rechtsschutzsekretären ebenso gut bekannt wie den Verzten. Wer wollte dieses bestreiten? Es war wohl ein unangenehmes Erwachen, als mit einem Male sich die Berufsgenossenschaft doch bereit erklären mußte, die Ansprüche anzuerkennen. Der erste Erfolg war trotz Unkenntnis der Bestimmungen für mich kostenlos er-rungen.

Mittlerweile bin ich seitens der Zeche ad acta gelegt und von der Knappchaft wegen der Gelenkerkrankung zum Berufsunvaliden erklärt worden. Trotzdem ich die Berufsgenossenschaft bei den vielen üblichen Rückfragen auf diesen wesentlichen Umstand aufmerksam machte, bequemen sich die Verzte des Bergmannsheils nur zu einer Entschädigung von 20 Prozent. Daß mir diese zu gering erschien, ist selbstverständlich und noch selbstverständlicher war die Berufung am Oberversicherungsamt mit dem Antrage auf Gewährung eines höheren Prozentsatzes. Zu einer kurz darauf folgenden Untersuchung beim gleichen Oberarzt erschien ich mit einem Privatgutachten, welches die Höhe meiner Erwerbsverminderung mit 30 Prozent ansetzte. Trotzdem bestanden für den Oberarzt keine Bedenken, auch weiter für die einmal festgelegten 20 Prozent zu plädieren. Mein aus eigener Tasche bezahltes Gutachten tat er mit kurzen witzigen Bemerkungen ab. Ein Jahr lang sollte die Rente gelten. Deutlicher Wert in Gutachten: „Dieses im Dezember 1931.“

Inzwischen mußten der Knappchaft wohl Bedenken aufgestiegen sein über das paradoxe Verhältnis. Hier Berufsunfähigkeit, dort nur 20 Prozent Erwerbsverminderung. Ihrerseits ordnete sie eine Untersuchung im Krankenhaus Recklinghausen an, die im Februar 1932 stieg und mit einer Begutachtung von 30 bis 33 Prozent schloß. Zweifellos wurde dieses neue Resultat der Berufsgenossenschaft mitgeteilt, die mich wiederum im März zu einer nochmaligen Untersuchung beordnete. Ich muß gestehen, daß bei dieser Untersuchung der gleiche Oberarzt eine bewundernswerte Freundlichkeit zeigte, die ich diesem Herrn in bezug auf sein früheres Benehmen durchaus nicht zugetraut hätte. Allerdings konnte er nicht umhin, mich freundlichst zu ersuchen, meinem Arbeitersekretär mitzuteilen, in seinen Berufungsschriften nicht so arg zu schimpfen, denn wer schimpft, hätte Unrecht und überdies bietet ein förmlicher Schriftsatz mehr Gewähr auf Erfolg.

In der Sache selbst stellte er eine Verschlimmerung des Zustandes fest, die mit 30 Prozent entschädigt werden mußte, entgegen einer drei Monate vorher festgelegten Dauerentschädigung von 20 Prozent. Nun war natürlich guter Rat teuer. Wie wollte man vor dem Oberversicherungsamt mit solch widersprechenden Gutachten bestehen? Ein anderer Weg mußte gesucht und gefunden werden. Man lud mich zu einer Besprechung meines Falles ins Verwaltungsgebäude Bochum ein. Dort erfuhr ich, daß Bereitschaft vorliegt, mit mir einen Vergleich abzuschließen, und zwar sei man gewillt, den Zeitpunkt der Verschlimmerung in Anlehnung an das Knappchaftsgutachten auf den 1. Februar vorzuzerlegen. Es stände nun nichts mehr im Wege, mit der Zahlung ab diesem Datum zu beginnen. Für mich war verständlicherweise ein Vergleich auf dieser Grundlage ein Umling, weil er nach der Notverordnung vom 8. Dez. 1931 nur den Endeffekt geben konnte, daß ich bei voller Aufrechnung der Unfallrente den gleichen Knappchaftsrentenbetrag in zwei Raten, nämlich auf der Post und im Zahlungstermin erhalten hätte. Solch ein zweifelhafter Erfolg fand im ganzen Streitverfahren durchaus keine Begründung und sollte nur, zu meinem Nachteil, dem verschahrenen Karren aus der Sackgasse helfen.

Einerseits scheute man den Termin vor dem Oberversicherungsamt, andererseits war die Absicht maßgebend, eventuelle Unwissenheit vorteilhaft auszunutzen. Reins non beiden sollte sein! Meinerseits wurde in Vorschlag gebracht, vom Tage der Invalidation ab (22. April 1931) 33 Prozent festzusetzen. Natürlich hatte hier wiederum der Oberarzt ein Wort mitzureden. Nach Lage der ganzen Sache erschien es festliegend, daß bei dem schon einmaligen Zurückhoppfen auf den 1. Februar 1932 ein weiteres Zurücksteden auf den 22. April 1931 mit einem noch um 3 1/2 Prozent höheren Satz, für den gleichen Arzt unmöglich war. Ein Termin rückte in den Bereich der höchsten Wahrscheinlichkeit. Mein Erstaunen war daher ungemein groß, als nach einigen Monaten der Bescheid einlief, man sei jetzt gewillt, auf meinen Vorschlag einzugehen, ich könnte die Berufung zurückziehen. Meine Bereitschaft dokumentierte ich darauf mit der gewünschten Zurücknahme. Neben einer Nachzahlung ab 22. April 1932 erhalte ich nun den laut Notverordnung freibleibenden Betrag von 25 W. zu meiner Knappchaftsrente, womit ich nach Erschöpfung aller Möglichkeiten zufriedengestellt sein muß.

Es geht eben nicht ohne Streitigkeiten und Feststellungen. Damit möge der Arbeiterchaft das Urteil überlassen bleiben, ob es sich rentiert, organisiert zu sein, um mit Hilfe der Organisation Vorteile zu erobern, die eventuell ohne deren Hilfe nicht jedem zuteil würden.

Darum, mein lieber Kumpel, scheue nicht die Beitragszahlung, wenn sie dir auch hoch erscheint. Wirklichkeit ist, daß Organisationsbeiträge so notwendig sind, wie das tägliche Brot. Dir kann manches widerfahren. Allein auf weiter Flur, fälltst du leicht Kurpfuschern in die Hände, die aus Prinzip deine gesparten, aber nicht vorhandenen Beiträge einfacken, ohne welchen Erfolg zu haben. Wie sollte es deiner Frau und deinen Kindern ergehen für den Fall, daß dein vielleicht plötzliches Ableben Komplikationen mit den Fürsorgestellen ergibt? Bedenke alles und ich bin felsenfest überzeugt, auch du wirst dich der Erkenntnis nicht verschließen: Organisation ist notwendig. Organisation tut not! Die Beiträge bringen hundertfältige Frucht. Säume nicht, fülle den Anmeldeschein aus und dein größtes Lebenswerk, das dich zum ganzen Menschen stempelt, ist getan! V. J., Lünen.

Die Volksfürsorge

melde zum Jahresende 1932 eine erhebliche Antragssteigerung.

Einen erfreulichen Aufschwung nahm in den letzten Monaten die Volksfürsorge, das Lebensversicherungsunternehmen der Werktätigen. Unmittelbar nachdem sich die ersten Vorboten einer Wirtschaftsverbesserung zeigten, konnte sie ihr Neugeschäft und die Wiederinanspruchnahme erfolglicher Versicherungen erheblich steigern. Während im August nur 10 098 Versicherungen beantragt wurden, waren es im September bereits 11 322, im Oktober 13 290, im November 15 672 und im Dezember kam das ohne Zweifel in der jetzigen Zeit als sehr gut zu bezeichnende Ergebnis von 18 255 Anträgen herein. Die Antragsproduktion bei der Volksfürsorge beweist, wie hoch die Werktätigen heute eine Lebensversicherung einschätzen und wie diese gewissermaßen schon zum lebensnotwendigen Bedarf gezählt wird.

Und das ist richtig so! Die Not der Zeit hat zur Genüge gelehrt, wie wichtig und richtig es ist, systematisch vorzuzugreifen. Die Volksfürsorge genießt großes Vertrauen in der arbeitenden Bevölkerung. Jeder weiß, daß sie felsenfest steht und für den Großen aus den Händen der Werktätigen die größte Gegenleistung zu bieten vermag.

